

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Riesner Druckerei  
Gesamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto Dresden 1530  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 17.

Freitag, 21. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Gegenüber gegen Vorzahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsauswertungen, Zeichnungen der Böden und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Rundschrift-Zeile (8 Zeilen) 26 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kastenzeile 100 Gold-Pfennige; je längerer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Seite 2000. Bezahlung an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retention und Verzug: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Kahlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Das Kabinett der Mitte gescheitert.

Allen Erwartungen entsprechend hat Herr Dr. Marx die einzeln aus den Beschlüssen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei ergebende Forderung gegen den Reichspräsidenten im Sinne des gestrigen Tages mitgeteilt, daß seine Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts der Mitte sich als ergebnislos erwiesen haben. Nur zwei Stunden später nach Erhalt dieser Mitteilung, entschloß sich Hindenburg dazu, Dr. Marx einen neuen Auftrag zu erteilen, der darin lautet, unter Zusammenfassung sämtlicher bürgerlichen Parteien ein neues Kabinett zu bilden. Womit der Reichspräsident die Forderung der Deutschen Volkspartei zu eigen macht, die inhaltlich wenigstens, eine nochmalige Durchprüfung aller der Möglichkeiten erblickt, die zur Schaffung eines großen Mehrheitsbündnisses führen könnten. Mit diesem Auftrag des Reichspräsidenten ist also, mit anderen Worten gesagt, die Regierungskrise wieder in das Stadium zurückverlegt worden, das durch die Mission des Herrn Dr. Curtius bereits gekennzeichnet worden ist. Nur mit dem Unterschied, daß das Schicksal der Mission nicht durch Herrn Dr. Curtius, sondern durch Dr. Marx erledigt werden soll. Etwas über die letzten Vorformeln, die zum Scheitern der Regierung der Mitte führten. Die Deutsche Volkspartei hatte durch ihren Fraktionsbeschluss bekannt gegeben, daß sie eine Regierungsbildung nur auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse anstrebe. D. h., daß sie unter allen Umständen die Deutschnationalen in die Regierungskoalition einbeziehen wüßte. Entsprechend diesem mit überwältigender Stimmzahl gefassten Fraktionsbeschluss hat dann auch der Abgeordnete Dr. Scholz Herrn Marx dahin unterrichtet, daß sich die Deutsche Volkspartei, solange nicht alle Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung erschöpft wären, einem Kabinett der Mitte verweigern müsse. Nach Erhalt dieser Mitteilung mußte natürlich Herr Dr. Marx einsehen, daß eine Regierung der Mitte nicht zu Stande kommen konnte. Es ist zu betonen, daß der Beauftragte des Reichspräsidenten, nachdem ihm diese Erkenntnis geworden war, darauf verzichtete, sich weiterhin in der Richtung seines ihm erwünschten Planes zu bemühen und seinen Auftrag sofort in die Hände Hindenburgs zurücklegte.

Wenn die nach Lage der letzten Mission Marx auch ergebnislos verliefen, so drachten sie doch unmissverständliche Klarheit darüber, daß von allen Kombinationen, die in die Regierungskrise hineinspielen, die Möglichkeit eines Kabinetts der Mitte am aussichtslosesten ist. Gerade in den Kreisen des Zentrums, dem auf Grund seiner Stärke eine bestimmende Rolle bei der Lösung der Krise zugewiesen ist, dürfte das Bewußtsein, daß die Geschichte des ersten Auftrages Marx lehrte, recht klar und deutlich sein. In der Tat konnte man sich im Laufe des gestrigen Tages davon überzeugen, daß sich innerhalb des Zentrums ein merklicher Meinungsunterschied ausprägte, der die Möglichkeit einer großen bürgerlichen Mehrheitskoalition vollzogen hat. Wenn man der Stimmung der überwiegenden Mehrheit im Reichstag glauben darf, so hätte man sehr nicht mehr zu erwarten, daß das Zentrum neue Bedenken gegen den schlichten Inhalt des neuen Auftrages an Marx erheben wird, zumal dem Zentrum an einer Auflösung des Reichstages, die die einzige Konsequenz der Ablehnung eines Zusammengehens mit rechts wäre, nichts gelegen sein dürfte. Somit ist zu hoffen, daß der zweiten Mission des Herrn Marx ein besserer Erfolg beschieden ist, als der ersten.

## Der Landwirtschaftsetat des Reiches.

### Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Dr. Berlin. Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die Regierung hatte dem Ausschuss einen Überblick über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verschuldung im Jahre 1926 gegeben. Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft betrug im Jahre 1926 2190 Millionen, im Jahre 1925 2000 Millionen, also 500 Millionen mehr. Zugleich waren in dem Überblick angegeben die Maßnahmen gegen ein weiteres Anwachsen der Verschuldung, zur Ueberführung von schwelenden Schulden in Realcredit und die Hingabe für landwirtschaftliche Personal- und Realcredite. Es geht daraus hervor, daß sich die Zinsen dauernd senken lassen.

Ferner hat die Regierung dem Ausschuss eine Statistik überreicht, wonach in den Monaten von Juni bis Dezember 1926 gegenüber dem Vorjahre an Stickstoff 17,2 Prozent, Phosphor 15,8 Prozent und Kali 8,9 Prozent mehr verbraucht worden sind, während der Verbrauch an Superphosphat um 10 Prozent zurückgegangen ist.

Der Berichterstatter, Abg. Thierack (Dem.) betonte, daß die beiden größten Aufgaben für dieses Jahr die Förderung des Absatzes an Düngemitteln und die Verbesserung des Agrarcredites seien. Trotz der verheerenden Kreditkrisis für den Düngemittel-Absatz habe dieser im vorigen Jahre wider alles Erwarten nahezu den des Jahres 1924/25 erreicht. Der Energie der Banken und der Leistungsfähigkeit der Fabriken sei dieses glückliche Ergebnis zu verdanken. Es sei zu erwarten, daß 1927 der vorjährige Verbrauch noch überholt werde.

Der Redner beklagte die drückenden Kreditbedingungen, die von den Kreditinstituten der Landwirtschaft auferlegt würden.

Der Mitberichterstatter, Abg. Schmidt-Röpench (Wgl.) wandte sich gegen die Forderung, es zu bejahen, als ob die Landwirtschaft überschuldet sei und sich in einer Notlage be-

## Dr. Marx erneut mit der Kabinettsbildung betraut.

### Schreiben des Reichspräsidenten an Dr. Marx.

Berlin, 20. Januar. Der Reichspräsident hat den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx erneut beauftragt, die Bemühungen um die Bildung einer Regierung fortzusetzen. Der Auftrag wurde Dr. Marx in folgendem Schreiben übermittelt:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler, Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Wahlen ist, zur Zeit wenigstens, nicht möglich; der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit tauglicher Besetzung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages, verbündete Bedenken und Beschränkungen der Ansinnen um Interesse des Vaterlandes beiseite zu lassen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zusammenzuschließen und sich hinter einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern gegen die Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die beländliche Wirtschaft in gleicher Weise wie andere Staatswirtschaften die berechtigten Interessen der breiten Arbeiterschaft zu wahren und in dem Streben, dem gesamten deutschen Volke in all seinen Schicksalen zu dienen, die vor uns liegenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Verehrung bin ich

Ihr ergebener  
ges. von Hindenburg.

### Das Ergebnis

#### der heutigen Zentrumsbesprechung.

Berlin, 20. Jan. Ueber die heutigen Besprechungen der Zentrumsfraktion des Reichstages wird folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Donnerstag Bericht über die Regierungsbildung entgegen genommen. Sie erwidert in dem Scheitern der von ihr mit allem Ernst angestrebten Regierung der Mitte eine bedeutende Beweiskraft der politischen Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht mehr verantwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt die Fraktion vor eine besonders verantwortliche Aufgabe. Bei der Juanjannahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen. In diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammentreten.

### Die Demokraten

#### gegen das Kabinett der bürgerlichen Mehrheit.

##### Bruch mit Gehler?

Berlin. Aus Kreisen der Fraktion der demokratischen Partei im Reichstage erzählt die Telegramm-Agentur, daß man in diesen Kreisen die Auffassung vertritt, daß Dr. Marx die Möglichkeiten einer Regierungsbildung der Mitte nicht erschöpft habe. Er habe seine Bemühungen nach dieser Richtung vorzeitig abgebrochen. Man führt diesen Vorwurf zurück auf die Entscheidung der Deutschen Volkspartei, die das Kabinett der bürgerlichen Mehrheit gefordert habe. Dr. Marx habe nach diesem vorkabinettlichen Beschluß mit den anderen Parteien der Mitte über ein Regierungsprogramm oder über personelle Fragen nicht weiter verhandelt. Die vom Reichspräsidenten vorgeschlagene Regierung

finde. Auch die Behauptungen über den Rückgang der Arbeitsleistung der landwirtschaftlichen Arbeiter seien unrichtig. Die offizielle Erntestatistik sei nicht unzuverlässig.

Abg. Debe (Wirtschftl. Paa.) wandte sich gegen die Ausführungen der Vorredner. Es sei allgemein bekannt, daß die Landwirtschaft schon infolge der abnormen Witterungsverhältnisse des vergangenen Jahres ganz erhebliche Ernteauffälle zu verzeichnen habe. Eine Rationalisierung sei auch in der Landwirtschaft notwendig, um die Produktion zu verbilligen. Wenn massenhafte Kräfte in härtester Weise der landwirtschaftlichen Produktion dienlich gemacht würden, so würden natürlich weniger Menschenkräfte benötigt. Auch dieser Redner stellte mit Genugtuung fest, daß die Düngerverwendung in der Landwirtschaft sich günstig entwickle. Freilich entständen der Landwirtschaft durch die lange Kreditverweigerung bei Ankauf von Kunstdünger große Verluste, deren Folgen der einzelne Landwirt für sich allein nicht genau übersehen könnte. Die deutschen land-

werde eine Rechtsregierung mit ausgesprochener Tendenz nach rechts sein und trotz aller gegenteiligen Versicherungen. Die Demokraten hätten keinerlei Veranlassung, einer solchen Regierung beizutreten.

Was die Haltung der bisherigen demokratischen Minister angeht, so versichert man in den oben genannten Kreisen, Dr. Reinhold werde bestimmte Parteiparagraphen halten, während im Falle des Reichswehrministers Dr. Gehler die Partei energisch darauf drängen werde, daß Dr. Gehler auf keinen Fall als Vertrauensmann angesehen werden dürfe und daß die politischen Beziehungen Dr. Gehlers zur Partei nicht anfruchtbar bleiben könnten, falls Dr. Gehler in die neue Regierung Marx eintrete.

## Nach dem Hindenburg-Brief.

Berlin. Wie in den Blättern zum Ausdruck kommt, weist der Brief des Reichspräsidenten an Dr. Marx den Weg zu Verhandlungen des Zentrums mit den Deutschnationalen, denen sich das Zentrum, wie die Blätter aus dem Communiqué der Zentrumsfraktion entnehmen, nicht entzieht.

Die Auenzeitung drückt die Hoffnung aus, daß der Ruf nicht ungehört verhallt. — Die Deutsche Tageszeitung zweifelt nicht daran, daß es tatsächlich gelingen wird, die Koalition zu bilden, die der Reichspräsident in seinem Briefe von dem Kanzler und von den Parteien wünscht. Die Ministerliste Dr. Marx bedeute für die Deutschnationalen ein Moment, das sie zur sorgfältigen Prüfung und Ueberprüfung zwischen den Parteien zwinge. Soll wirklich ein ehrliches Zusammenarbeiten der bürgerlichen Kreise stattfinden, dann müssen, so schreibt das Blatt, auch für die Rechte Interessen gehoben sein, daß nicht persönliche Rechnungen und Eitelkeiten eine solche Zusammenarbeit gefährden. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung glaubt, daß sich das Zentrum dem dringlichen Appell des Reichspräsidenten nicht verweigern werde und daß ferner auch die Deutschnationalen das Werk Hindenburgs nicht scheitern lassen werden. — In der Zeit. Rundschau heißt es: In den Verhandlungen, die Reichsfinanzminister Dr. Curtius angebahnt hat, sind die Deutschnationalen soweit entgegengekommen, daß eine gemeinschaftliche Verhandlungsgrundlage schon so gut wie geschaffen war. Wenn diese Grundlage auch in den Verhandlungen mit dem Zentrum gewahrt wird, so wird man sich von dem Versuch einen Erfolg versprechen können. — Die „Germania“ bemerkt zu der Erklärung der Zentrumsfraktion, daß diese nicht die Bereitwilligkeit, sich an einer Rekonstitution zu beteiligen, bedeute, sondern lediglich keine Ablehnung der Führung von Verhandlungen zur endgültigen Klärung der Lage darstelle. — Das Berliner Tageblatt betont, daß nach Ansicht aller führenden Persönlichkeiten der demokratischen Partei irgend eine Beteiligung an dem Bürgerblock weder in offener, noch in verdeckter Form in Frage komme. — Der „Vorwärts“ schreibt: Der Reichspräsident hat Marx aufgefordert, eine Regierung zu bilden, die ihrer Natur nach eine Kampfreinigung gegen die Arbeitenden republikanisch-geliebten Volksmassen werden muß. Das Zentrum berät. Aber ist die Antwort nicht auch eine eigene persönliche Angelegenheit für Marx?

## Noch kein weiterer Fortschritt.

Berlin. (Funknachricht.) In der Frage der Kabinettsbildung ist heute vormittag kein weiterer Fortschritt erzielt worden, da ja zunächst die Entscheidung des Reichstages abzuwarten ist. Am Vormittag versammelten sich bereits einige Herren vom Zentrumsfraktionsvorsitzenden, um den Richtlinien, die für die Besprechung mit den Deutschnationalen eine Rolle spielen werden, die letzte Fassung zu geben. Die Zentrumsfraktion wird sich, wie das Nachrichtenbüro des Reichs Deutscher Zeitungsverleger weiter heißt, um 11 Uhr versammeln, jedoch ist in dieser Sitzung bei der Bedeutung der Beratungen noch kein Resultat zu erwarten. Die Zentrumsfraktion wird vielmehr heute abend nach der Feierabend eine weitere Besprechung abhalten. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei versammeln sich ebenfalls heute mittag. Es kann sich jedoch auch hier nur um informativ Besprechungen handeln, da ohne Kenntnis des Programms des Zentrums Entschlüsse nicht getroffen werden können. Die anderen Fraktionen werden erst heute abend zusammentreten können.

## 9000 Mann Besatzung in Koblenz.

Koblenz, 21. Januar. Aus einem Verwaltungsbericht der Stadt geht hervor, daß gegenwärtig die Zahl der Besatzungstruppen in der Stadt 9000 Mann beträgt. Dazu kommt noch die Interalliierte Militärkontrollkommission. Rund 400 Privataquartiere sind in der Stadt beschlagnahmt. Von den öffentlichen Gebäuden sind das Oberpräsidium, der größte Teil des Regierungsgebäudes, die Diensträume der Strombauverwaltung, das Provinzialschulkollegium, das Konsistorium und ein Teil des städtischen Rathauses in Händen der Besatzung.